

Beilage 1536/2008 zum kurzschriftlichen Bericht des Öö. Landtags, XXVI. Gesetzgebungsperiode

Bericht

des Ausschusses für EU-Angelegenheiten

betreffend die stärkere Verwendung der deutschen Sprache durch die Institutionen der Europäischen Union

[Landtagsdirektion: L-471/21-XXVI,
miterledigt **Beilage 1527/2008**]

Die Bedeutung der deutschen Sprache in der Europäischen Union hat durch den Beitritt Ungarns, Polens, der Slowakei, Tschechiens, Sloweniens sowie der drei baltischen Länder weiter zugenommen. In all diesen Ländern gibt es eine deutsche Minderheit und ist die deutsche Sprache seit langem Teil der Kultur und der Geschichte.

Durch die am 1. Mai 2004 vollzogene Erweiterung wurden etwa eine Million Menschen mit deutscher Muttersprache zusätzlich Bürger der Europäischen Union.

Die deutsche Sprache wird vielfach an den Schulen in Mittel- und Osteuropa als erste Fremdsprache unterrichtet. Das bedeutet, dass seit dem 1. Mai 2004 nach statistischen Erhebungen etwa 32 % der UnionsbürgerInnen Deutsch als Mutter- oder erste Fremdsprache sprechen.

Viele europäische Institutionen tragen dem in keiner Weise Rechnung, da meist nur die englische und französische Sprache verwendet wird.

Die 240.000 Ausschreibungen der EU-Kommission etwa erscheinen zunächst nur in englischer und französischer Sprache, wodurch Betriebe außerhalb des englischen und französischen Sprachraums stark benachteiligt sind.

Insgesamt werden 55 % aller EU-Dokumente in englischer, 44 % in französischer und nur 1 % in deutscher Sprache abgefasst.

Die Bundesregierung soll daher angehalten werden, sich dafür einzusetzen, dass die Europäische Kommission, die sich immer für einen offenen und fairen Wettbewerb ausspricht, die größte Sprachgemeinschaft innerhalb der Europäischen Union nicht außen vorlässt und die deutsche Sprache gleichberechtigt mit Englisch und Französisch verwendet wird.

Der Ausschuss für EU-Angelegenheiten beantragt, der Hohe Landtag möge beschließen:

Die Öö. Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, dass alle möglichen Schritte unternommen werden, um Deutsch als Arbeitssprache in den Institutionen der EU gleichwertig mit Englisch und Französisch einzusetzen bzw. den Einsatz voranzutreiben.

Linz, am 29. Mai 2008

Schürer

Obmann

Mag. Steinkellner

Berichterstatter

